

Protokoll Runder Tisch gegen Gentrifizierung (RTgG) am 8. Juli 2014

Anwesend: 15 Personen

Protokoll: Susanne T. / Moderation: Rainer B.

TOPs: 1. Neues aus den Häusern (Berichte von Mietern)

2. INKW
3. Veranstaltung
4. Hansa-Ufer 5
5. Verschiedenes

TOP 1 - Neues aus den Häusern

Dieter S., drohende Zwangsäumung Lehrter - Degewo

Mieter wohnt 15 Jahre dort, hat die Räumungsklage in erster Instanz verloren. Der Berufungstermin findet am 21. August statt. Ziel ist die Degewo an den Verhandlungstisch zu bringen und einen Vergleich zu finden, denn die gerichtliche Mediation wurde abgebrochen. Der Konflikt zwischen Mieter und Degewo zieht sich schon lange hin. Dabei geht es um Mietminderungen wegen Mängeln (u.a. nicht funktionierende Heizung, die Heizkörper wurden erst nach 10 Jahren ausgetauscht). Die Mietminderungsansprüche konnten nur teilweise durchgesetzt werden. Als demzufolge aufgelaufene Rückstände mehr als eine Monatsmiete ausmachten, wurde gekündigt. Die komplette Forderung hat der Mieter vor dem Gerichtstermin unter Vorbehalt beglichen. Die Räumung war zunächst bis 30.6. vorgesehen, doch gibt es einen Aufschub bis zur Entscheidung der 2. Instanz. Der Mieter hatte schon im Frühjahr Kontakt mit dem Senat und dem Bezirk aufgenommen, aber keine wirkliche Unterstützung erhalten. Herr Gothe (damals noch Staatssekretär) verwies an Verwaltungsmitarbeiter, die sich aber für nicht zuständig erklärten. Die im Bündnis für Wohnen festgelegten Schiedsstellen, die bei den einzelnen Wohnungsbaugesellschaften angesiedelt sind, waren auch nicht hilfreich. Baustadtrat Spallek verwies auf die bezirkliche Obdachlosenhilfe. Es wurde auch eine Petition ans Abgeordnetenhaus gerichtet. Der Mieter hat auch Kontakt mit dem Bündnis „Zwangsäumungen verhindern“ und Betroffenenrat Lehrter Straße aufgenommen, die Briefe an die Degewo und die Politik schreiben wollen.

<http://zwangsraeumungsverhindern.blogspot.de/2014/07/22/zwangsraeumung-statt-mediation-bei-der-degewo/>

Nach kurzer Diskussion über die Praxis landeseigener Wohnungsbaugesellschaften, die ihrer sozialen Verantwortung oft nicht gerecht werden – so nutzt z.B. die Forderungsabteilung der Degewo drastische Mittel als „erzieherische“ Maßnahme – und bekommt trotzdem Preise als „sozialste“ Wohnungsbaugesellschaft, wird vereinbart, dass auch der RTgG einen Brief mit der Forderung nach Verhandlungen schreiben soll. Aus Zeitgründen wird ein solcher allerdings nicht mehr gemeinsam formuliert. Der Fall soll ergänzend an die Öffentlichkeit gebracht werden. Rainer B. erklärt sich bereit einen Artikel darüber zu schreiben:

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/940223.rauswurf-hat-oberste-prioritaet.html>

Beusselstraße 52

Thomas M. berichtet erneut über das bauliche Chaos in seinem Haus (siehe März-Protokoll - http://wem-gehoert-moabit.de/wp-content/uploads/2012/04/20140311_runder_tisch_gentrifizierung_protokoll.pdf).

Nachdem im März vorgeschlagen wurde, dass die Mieter sich wieder an die Bauaufsicht wenden, damit es dort einen Vorgang gibt, wurden erneut einige Briefe (auch an die Senatsverwaltung, Staatssekretär für Wohnen) geschrieben. Auch Besuche bei Herrn Bergner, Bauaufsicht erfolgten. Die Erfahrung zeigt, dass der Außendienst oft spät kommt und möglicherweise Wochen später nicht mehr den angezeigten Mangel vorfindet.

Folgende Probleme bestehen zur Zeit:

1. Wassereinbruch im Berliner Zimmer (Stflg. und HH) bis ins EG,
2. Dachsparren sind nur auf einer Seite fixiert (vor 4 Wochen bei Bauaufsicht gemeldet)
3. Es gab 2 große Kurzschlüsse, auf einer blauen Leitung in einem offenen Stromkasten im 4. OG Stflg. läuft Strom (das dürfte nicht sein), neben Bauaufsicht, auch beim Ordnungsamt und Vattenfall gemeldet. Die Feuerwehr habe gesagt, solange keine Funken sprühen sei es o.k. Außerdem ist der Bauleiter, der für die Baustelle verantwortlich ist, nicht mehr da. In der Regel wird eine Baustelle durch einen Prüfenieur für Statik und einen Prüfenieur für Brandschutz kontrolliert (vom Bauherren bezahlt), die dann wiederum mit der Bauaufsicht zusammenarbeiten. Die Bauaufsicht schickt zwar Außendienstmitarbeiter, aber seit 2005 kontrolliert sie nicht mehr selbst (Personalabbau). So machen manche Anzeigen erst mal eine längere Runde, bevor etwas passiert.

Nach Diskussion und Hinweis auf die zweifelhafte Rolle der Bauaufsicht im Fall der Calvinstraße 21 wird vereinbart, dass Susanne T. sich um den Fall kümmert, einen Artikel schreibt und bei der Bauaufsicht anfragt, warum sie nicht tätig wird.

(*Nachtrag*: Besichtigung und Fotos am 10. Juli, bereits 2 Tage vorher hatte die Bauaufsicht einen Baustopp verfügt, mehr Infos: <http://www.moabionline.de/20884>).

Buttmannstraße 18 – Zwangsräumung im Wedding

Der RTgG unterstützt den Protest. 5 Personen haben sich gemeldet, dass sie Zeit haben mitzumachen (*Nachtrag*: aus uns bekannten Moabiter Zusammenhängen waren 10 Personen bei den Aktionen)

Huttenstraße 71

Das Haus wurde wieder verkauft und wird jetzt von Berlin Estate (Aspire Estate) auf deren hebräischsprachiger Webseite als Eigentumswohnungen angeboten (<http://berlinestate.com/projects/hutten-strasse/>). Hausverwaltung ist immer noch city home. In der Diskussion wird darauf hingewiesen, dass eine Panik unter Mietern verhindert werden muss. Maik V. hält den Kontakt zu den Mietern. Andrej H. verweist auf das Vorkaufsrecht und teilt mit, dass in Mitte und Pankow Abgeschlossenheitsbescheinigungen auf Vorrat vergeben werden. Lt. Straßenliste der Bauaufsicht ist für die Huttenstraße 71 Herr Bergner (Tel. 9018-45835) zuständig.

TOP 2 - INKW – Initiative für neuen Kommunalen Wohnungsbau

Das Grundsatzpapier „Öffentlich bauen statt Private fördern“ (<http://www.inkw-berlin.de/>) ist den Teilnehmern am RTgG bereits bekannt. Initiiert wurde die INKW von der Berliner Mietergemeinschaft, der Redaktion des MieterEcho und Wissenschaftlern. Die Erstunterzeichner bilden ein breites Spektrum der Gesellschaft ab. Dieses reicht von Vereinen, Gewerkschaften und Mieterinitiativen über Vertreter der Wissenschaft bis zu Parteienmitgliedern (<http://www.inkw-berlin.de/erstunterzeichner.html>). Die Initiative sucht weitere Unterzeichner_innen (<http://www.inkw-berlin.de/unterzeichner.html>), weshalb auch der RtgG angefragt wurde.

Rainer B. fasst die wichtigsten Punkte als Grundlage für die Diskussion zusammen. Er berichtet, dass bisher die Resonanz auf den Aufruf verhalten sei und es wenig Rückenwind gebe. Eine oft geäußerte Kritik, dass die Kommunen wegen der Schuldenbremse in der Regel nicht selbst bauen könnten, wird dadurch entkräftet, dass Eigentum entstehe und die geschaffenen Werte insofern gegen gerechnet werden können. Es ist davon auszugehen, dass für einen Zeitraum von 20 Jahren der Bau von 200.000 – 300.000 Wohnungen nötig wäre. Diese 100% in öffentlichem Besitz, statt Fördermitteln für (private) Investoren! Viele der Anwesenden unterstützen die INKW. Es gibt aber auch Kritik an einzelnen Punkten, wie z.B. an dem Vorschlag nur einer Wohnungsbaugesellschaft oder Anstalt des öffentlichen Rechts. Weitere Meinungen: Maßnahmen für den Wohnungsbestand sollten auch mitgedacht werden, Genossenschaften hätten ihre Berechtigung. Auch mit städtebaulichen Verträgen könne bezahlbarer Wohnungsbau erreicht werden. Kommunalen Wohnungsbau sei nur eine

von vielen Möglichkeiten.

In der Diskussion entsteht eine Auseinandersetzung über die Politik der Linken. Es wird betont, dass auch die Linke eine Neuausrichtung der Kommunalen Wohnungsbaugesellschaften als entscheidende Instrumente für eine soziale Wohnraumversorgung fordert. Als entgegeng gehalten wird, dass die Linke Berlin anlässlich der Haushaltsnotlage 2003 eine Privatisierung der GSW mitgetragen habe, wird argumentiert, dass die Linke nach diesem Fehler aber bereits 2006 gegen starken Widerstand einen Privatisierungsstopp des städtischen Wohnungsbestands in der 2. Koalition durchgesetzt hat und dass seit Langem eine Demokratisierung, soziale Ausrichtung und andere Wahrnehmung der Eigentümerrolle des Senats gefordert wird.

Die INKW stellt Forderungen, die der gesamten politischen Entwicklung entgegen stehen, was einerseits die Unterstützung erschwert, andererseits aber auch notwendig ist, da die soziale Wohnraumversorgung mit privaten Investoren offenkundig nicht funktioniert.

Es wird die Frage gestellt, ob der Aufruf der Initiative noch verändert werden kann.

In der Diskussion wird außerdem die Initiative für einen stadtpolitischen Volksentscheid (Volksbegehren der Mietergruppen, u.a. Mietendossier) angesprochen (*Nachtrag*: Wir sind zum Gründungstreffen eingeladen, Mittwoch 13.8., 18 Uhr, Exrotaprint, Gottshcedstraße 4, 13357 Berlin-Wedding).

Die Abstimmung, ob der RTgG die INKW unterstützt wird auf das nächste Treffen verschoben.

TOP 3 – Veranstaltung im Herbst

Termine: 11. oder 18.9., mögliche Orte: Stadtschlosstreff, ZK/U, Jugendtheaterbüro

Der Gemeindesaal in der Ottostraße steht nicht zur Verfügung, er ist an Donnerstagen immer für einen Chor reserviert. Außerdem gibt es Probleme mit den Mietern, die über dem Saal wohnen. Der Saal kostet normalerweise 150 Euro.

(*Nachtrag*: Stadtschlosstreff ist für uns am **11.9. ab 18 Uhr** reserviert!)

Titel der Veranstaltung:

„... endlich tut sich mal was!“- Aufwertung und Verdrängung in Moabit

Die Veranstaltung soll klären, was Verdrängung und Aufwertung konkret sind und wie sie sich in Moabit zeigen. Die virtuelle Karte soll vorgestellt werden, Mieter sollen die Gelegenheit haben aus ihren Häusern zu berichten sowie über alle Punkte diskutieren können.

Andrej H. teilt mit, er habe einen Comic-Graphiker angefragt wegen Visual Reporting. Maike V. sagt zu, den Entwurf eines Flyers vorzulegen.

TOP 4 – Hansa-Ufer 5

Das Info-Fest wird alleme in als sehr erfolgreich angesehen. Es waren einige Bezirkspolitiker anwesend und es wurden ca. 600 Unterschriften an dem Tag gesammelt. Gute Gespräche mit Nachbarn wurden geführt.

(*Nachtrag*: Online-Petition hat am 6.8.14 schon über 35.000 Unterstützer_innen

<https://www.change.org/de/Petitionen/akelius-gmbh-sanieren-sie-uns-seniorinnen-nicht-aus-unserem-zuhause-im-hansa-ufer-5>

jetzt kommen die Medien von sich aus auf die Senioren zu und wollen berichten.)

TOP 5 - Verschiedenes

Die Jugendlichen des Jugendtheaterbüros, die sich am 27.6. bei der „Kampf um Deinen Block“-Party in unsere Liste eingetragen haben, wollen wir gezielt weiter ansprechen. Dieser Event war im Rahmen des Jugendnetzwerks Moabit vom Jugendtheaterbüro organisiert:

<http://www.grenzen-los.eu/kampf-um-deinen-block-party/>

Aus Anlass des akuten Themas sollen Anfragen von Fraktionen bzw. Mitgliedern des Berliner Abgeordnetenhauses zu Zwangsräumungen auf Veranlassung von Wohnungsbaugesellschaft-

ten recherchiert werden:

(*Nachtrag*: 3 verschiedene Dokumente wurden von Ewald Z. und Andrea B. verschickt: KA17-12659 (Klagen von Wohnungsbaugesellschaften gegen Mieter) von Sept. 2013, s17-13849 (gleiches Thema) von Mai 2014, s17-13935 (Klagen und Räumungen, Rolle Whgsbauges.) von Juni 2014.

<http://www.bmgev.de/mieterecho/mieterecho-online/wohnungsbaugesellschaften-zwangsraeumungen.html>